

RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



ABDULRAZAK GURNAH

Der Autor aus Tansania erhält den Literatur-Nobelpreis. Hierzulande sind seine Bücher nahezu unbekannt. Kultur

IMMOBILIEN

Was derzeit die Kosten für den Hausbau so stark in die Höhe treibt. Wirtschaft

ADI HÜTTER

Der Trainer hat nach einem schwierigen Start in Gladbach die Trendwende geschafft. Eine erste Bilanz. Sport



LOKALES

KLEVE

Hoffnung fürs Sonntag-Shoppen



Erst hieß es, der verkaufsoffene Sonntag am 28. November sei abgesagt. Doch die Verwaltung will sich damit nicht abfinden.

SEITE C1

EMMERICH

Grenzregion wird Logistik-Hotspot

Die Kommunen Emmerich, Montferland und Zevenaar machen sich gemeinsam auf den Weg, den Standort „EMZ“ zu stärken.

SEITE D1

SPORT LOKAL

Das Traumlos wird zum Ärgernis

Fußball-Landesligist SGE Bedburg-Hau muss für das Heimspiel im Niederrheinpokal gegen den KFC Uerdingen in die Getec-Arena umziehen.

SEITE C7

ZITAT

„Wahrscheinlich erlebe ich den Beitritt der Schweiz zur EU nicht mehr. Aber er wird kommen.“

Winfried Kretschmann (73), Ministerpräsident von Baden-Württemberg

WETTER

Nach Nebel ist es sonnig, später wolkig



RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice 0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Erstmals in der Geschichte der Raumfahrt ist in dieser Woche ein Filmteam für Dreharbeiten ins All geflogen. Huch, werden Sie sagen: Wo wurden denn „Apollo 13“, „Armageddon“ und „Star Wars“ gedreht? Wir müssen einsehen, dass das Tricks waren, aber damit gibt sich eine russische Filmcrew um Klim Schipenko nicht mehr zufrieden. Die hohen Produktionskosten im All müssen an anderer Stelle ausgeglichen werden, man spart sich die Maskenbildner (die Helme verschmieren so leicht) und die Stuntmen (in der Schwerelosigkeit können sich auch die echten Darsteller gefährlos fallen lassen). Übrigens sollen demnächst auch Tom Cruise und William Shatner ins All fliegen. Aber wer auch sonst? nic



4 190587 702100 5 0 0 4 0



AUDIENZ

Abschied im Vatikan

Zum letzten Mal besucht Angela Merkel als Kanzlerin den Papst. Zeit für ernste Appelle – und eine Bilanz. Politik

Laschet bietet kompletten Rückzug an

Angesichts massiver Kritik wegen des schlechten Abschneidens bei der Bundestagswahl will der CDU-Chef einen geordneten Wechsel an der Parteispitze einleiten. Er macht auch den Weg für Koalitionsverhandlungen ohne ihn frei.

VON KERSTIN MÜNSTERMANN
UND HAGEN STRAUSS

BERLIN Armin Laschet gibt dem Druck nach: Der Unionskanzlerkandidat hat die Neuaufstellung der CDU eingeläutet und damit auch einen Rückzug von der Parteispitze angeboten. „Ich stehe bereit, diesen Prozess zu moderieren“, sagte Laschet zunächst in einer Schaltkonferenz der Unionsfraktion am Donnerstag. Die Partei brauche keine Schlacht mehr zwischen Personen, sondern einen gemeinsamen Konsensvorschlag. Man könne es nicht mehr so machen wie im Jahr 2018 oder zu Beginn des Jahres 2021.

Er wolle versuchen, mit den anderen Entscheidern ein Verfahren einzuleiten, wie er es in Nordrhein-Westfalen mit Hendrik Wüst gemacht habe. Da habe er „es hinbekommen“, sagte Laschet nach Angaben von Teilnehmern. Laschet hatte am Dienstag NRW-Verkehrsminister Wüst als Nachfolger vorgeschlagen – als neuen Ministerpräsidenten und als CDU-Landeschef.

Bei einem anschließenden Statement im Konrad-Adenauer-Haus am Donnerstagabend machte Laschet dann öffentlich deutlich, dass er den Parteigremien in der kommenden Woche die Einberufung eines Parteitag vorschlagen werde; über Ort und Zeitpunkt werde zu reden sein. Die personelle Frage müsse im „Konsens mit allen, die in Betracht kommen“, geklärt werden. Diesen Prozess werde er moderieren. Details ließ Laschet offen.

Über die Verhandlungen mit Grünen und FDP am Sonntag und Dienstag sagte er, man sei sehr gut vorbereitet gewesen. Dass keine Vertraulichkeit habe gewährleistet werden können, sei „kein gutes Zeichen“. Viele Menschen würden noch auf eine Jamaika-Koalition aus Union, Grünen und FDP warten. Er wisse nicht, wie SPD, Grüne und FDP ihre Themen in einer Ampel zusammenbringen wollten. Jamaika sei noch lange nicht am Ende.

Laschet deutete an, dass er sich für die Bildung eines Jamaika-Bündnisses notfalls vom Parteivorsitz zu-

rückziehen würde. „Das große Projekt Jamaika wird nicht an der Person scheitern“, sagte er und machte damit indirekt auch den Weg für Koalitionsverhandlungen ohne ihn frei.

Bei der Bundestagswahl Ende September hatte die Union mit 24,1 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Seitdem steht Laschet massiv in der Kritik. Er war erst im Januar zum CDU-Vorsitzenden gewählt worden.

INFO

Die CDU-Chefs seit Adenauer

1950-1966 Konrad Adenauer
1966/67 Ludwig Erhard
1967-1971 Kurt Georg Kiesinger
1971-1973 Rainer Barzel
1973-1998 Helmut Kohl
1998-2000 Wolfgang Schäuble
2000-2018 Angela Merkel
2018-2021 Annegret Kramp-Karrenbauer
Seit 2021 Armin Laschet

Im April setzte er sich im Kampf um die Kanzlerkandidatur gegen CSU-Chef Markus Söder durch. Es folgten Fehler im Wahlkampf, der nur schleppend anließ und erst auf den letzten Metern wieder an Schwung gewann. Dennoch reichte es nicht mehr für einen ersten Platz. Parteintern werden diese Fehler vor allem Laschet, aber auch den Störfeuern von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) angelastet.

In Unions-Kreisen wird kolportiert, dass hinter den Kulissen ein harter Machtkampf tobt. Ambitionen werden unter anderem Gesundheitsminister Jens Spahn, Außenpolitiker Norbert Röttgen, Friedrich Merz und Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus nachgesagt. Schon um dessen Amt hatte es eine Auseinandersetzung gegeben.

Der Hamburger CDU-Landeschef Christoph Ploß sprach sich für eine Mitgliederbefragung aus. „Ich zolle der Entscheidung von Armin Laschet Respekt“, sagte Ploß unserer Redaktion: „Sie verdient Anerkennung und Dank. Es ist wichtig, dass

der Prozess für den Neuanfang jetzt transparent, zügig und unter Einbeziehung der Mitglieder verläuft.“

Brinkhaus sprach sich wie Laschet dafür aus, gesprächsbereit für eine Regierung mit Grünen und Liberalen zu bleiben. Zwar sitze die Union momentan auf der Zuschauerbank, sagte Brinkhaus nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur. Eine Koalition unter Führung der Union bleibe aber möglich.

SPD, Grüne und FDP hatten sich am Donnerstagmittag erstmals zu einem Dreiergespräch über die Regierungsbildung getroffen. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil sagte danach, aufgrund des „guten Gesprächs“ sei verabredet worden, dass es am Montag weitergehe. Das Wochenende solle genutzt werden, „um eine intensive Woche der Sondierungen vorzubereiten“. Söder hatte die Ankündigung von Sondierungsgesprächen für eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP am Mittwoch als „klare Vorentscheidung“ gewertet. (mit dpa)
Leitartikel, Politik

Flutopfer erhalten erste Finanzhilfen

NRW kündigt Zahlungen an. SPD und Grüne kritisieren das Krisenmanagement.

VON KIRSTEN BIALDIGA

DÜSSELDORF Die ersten Hilfen für Opfer der Flutkatastrophe im Juli sollen noch in dieser Woche an Privathaushalte gezahlt werden. Voraussetzung sei, dass Antragsteller die Bewilligungsbescheide schnell unterzeichneten und auf den Rechtsbehelf verzichteten, sagte NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU). 4500 Anträge von Privatleuten seien bisher eingegangen.

Die Flutkatastrophe war am Donnerstag erneut auch Gegenstand einer kontroversen Debatte im Landtag. Nach ersten Schätzungen entstanden durch die Hochwasserkatastrophe allein in NRW Schäden in Höhe von etwa 13 Milliarden Euro, 49 Menschen starben.

Die Opposition warf der Landesregierung vor, den Wiederaufbau nicht professionell zu organisieren. In einer aktuellen Stunde kritisierte SPD-Fraktionsvize Christian Dahm, die Landesregierung bediene sich eines bürokratischen Systems, das technisch nicht ausgereift sei. Zudem seien die Behörden überlastet: „Es knirscht und ächzt bei den Bezirksregierungen gewaltig“, sagte Dahm. Fraktionskollege Stefan Kämmerling monierte, dass die finanziellen Hilfen nur online beantragt werden könnten, obwohl nicht überall in den Flutgebieten schon wieder das Internet funktioniere. Auch lösche das System die eingegebenen Daten, wenn die Antragstellung länger als 90 Minuten dauere. Ähnlich äußerten sich die

Grünen: In den Kommunen sei zu wenig Personal angekommen.

Innenminister Herbert Reul (CDU) wies die Vorwürfe als „bodenlose Frechheit“ zurück. Das Land habe bei den Bezirksregierungen, die für die Genehmigung der Anträge zuständig sind, Hunderte Stellen zusätzlich geschaffen, davon gut 200 ab sofort. „Aber die Leute muss man auch finden“, sagte Reul.

Auch Scharrenbach verwahrte sich gegen die Kritik: „Mit Ihrem Fokus auf das Negative zeichnen Sie kein Abbild, sondern ein Zerrbild.“ Man arbeite in engem Schulterschluss mit den Bürgermeistern und Landräten vor Ort. An diesem Freitag konstituiert sich ein Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Katastrophe in NRW.

Stiko rät zu dritter Impfung für über 70-Jährige

BERLIN (dpa/rtr) Die Ständige Impfkommission (Stiko) empfiehlt eine Covid-19-Auffrischimpfung für Menschen über 70 Jahren. Generell schützten die Vakzine zwar effektiv und anhaltend, in einem höheren Alter falle die Immunantwort nach der Impfung aber geringer aus, und Infektionen könnten häufiger auch zu einem schweren Verlauf führen. Die Impfung mit einem mRNA-Impfstoff sollte frühestens ein halbes Jahr nach Abschluss der Grundimmunisierung erfolgen.

Eine dritte Dosis sollten zudem Bewohner von Alten-Pflegeeinrichtungen erhalten, Pflegepersonal und andere Tätige mit direktem Kontakt mit zu Pflegenden oder anderen Menschen mit erhöhtem Risiko für schwere Verläufe sowie das

Personal in medizinischen Einrichtungen mit direktem Patientenkontakt. Personen, die einmal mit dem Impfstoff von Johnson & Johnson geimpft worden seien, solle zudem eine zusätzliche mRNA-Impfdosis angeboten werden.

Das Robert-Koch-Institut (RKI) geht unterdessen von bereits mehr Geimpften aus, als in der offiziellen Statistik erfasst sind. Es sei anzunehmen, dass unter Erwachsenen bis zu 84 Prozent mindestens einmal, bis zu 80 Prozent voll geimpft sind, heißt es in einem Bericht. Die Schätzung beruht auf Befragungen und Meldedaten. Nach Meldungen der Impfstellen haben knapp 80 Prozent eine erste Spritze bekommen, gut 75 Prozent bereits die zweite.

Wirtschaft